

7-14-

To the

Kash

S i t u a t i o n s b e r i c h t

vom 5. Mai 1938.



31389

Der politische Ausschuss der Sudetendeutschen Partei macht folgende Anmerkungen zur innenpolitischen Lage, wie sie sich nach der Rede Konrad Henleins auf der Haupttagung vom 24. April in Karlsbad, dem Presseecho, das diese Rede insbesondere in der tschechischen Presse gefunden hat und den Vorfällen des 1. Mai 1938, darstellt:

Schon vor der Karlsbader Tagung wurden zwischen dem Herrn Ministerpräsidenten Dr. Hodža und bevollmächtigten Vertretern der Sudetendeutschen Partei offizielle Gespräche informativer Natur geführt, bei welchen zwecks Schaffung von Voraussetzungen für die Vorbereitung der dem Sudetendeutschtum einzuräumenden Stellung im Staate neben anderen Selbstverständlichkeiten die sofortige Beseitigung gewisser Gefahrenquellen als besonders dringlich erachtet wurden; dies geschah im beiderseitigem Einverständnis deshalb, weil eine weitere Verschärfung der innenpolitischen Lage vermieden werden sollte.

So wurde vom Herrn Ministerpräsidenten zugesagt:

- 1.) Eine umfassende politische Amnestie;
- 2.) Die Durchführung aller gesetzlich fälligen Gemeindewahlen noch vor den Sommerferien;
- 3.) Die Abstellung jeder Art von ~~Missen~~ Diffamierung oder rechtlicher wie sozialer Benachteiligung.

Letztere Zusage wurde vor allem gemacht, um den Staatsbürgern deutscher Volkszugehörigkeit und insbesondere den Mitgliedern der Sudetendeutschen Partei die verfassungsmässigen Grundrechte der Gesinnungsfreiheit des politischen Bekenntnisses

ll. S. 226/458

und der Koalitionsfreiheit zu gewährleisten.

Wohl wurde eine Amnestie erlassen, die, sofern man die zu amnestierenden Delikte in Betracht zieht, als eine der umfassendsten erscheint, die im Staate bisher erlassen wurde. Ebenso ist es richtig, dass diese Amnestie Möglichkeiten bietet auf der Grundlage einer Individualamnestie die ungerechten Auswirkungen einer in naiv-politischen Vorstellungen befangenen irregulären Justiz aus der Welt zu schaffen. Doch ist es andererseits so, dass diese praktischen Massnahmen zur Verwirklichung dieser Möglichkeiten entgegen den Erwartungen der deutschen Bevölkerung im Staate bisher ausgeblieben sind. In gleicher Weise wurden Massnahmen unterlassen, die geeignet wären, das aus der irregulären Rechtssprechung unter Bezugnahme auf den § 6 des Schutzgesetzes erfliessende Gefährdungspotential für alle Staatsbürger deutscher Nationalität abzubauen. So bleibt die Notwendigkeit, die verfassungsmässige Rechtsstellung des Staatsbürgers im täglichen Leben praktisch wiederherzustellen. Das bedeutet, dass ein System liquidiert werden muss, das ~~für~~ Amnestien binnen kürzester Zeit notwendig gemacht hat und eine seine Opfer täglich von neuem fordert. **E**

Es ist ein unmöglicher Zustand, dass nach einer scheinbar umfassenden Amnestie die zahllosen Fälle, in denen Verdachtstrafen verhängt wurden, u beschuldigten Staatsbürger same Verteidigung unmöglich teidiger von Rang in die sogenannte Militärverratsv

Sohin erscheinen u

Inhalt nach weiter unberücksichtigt und es bleiben jene innerpolitischer Spannungen wirksam, die mit Rücksicht e letzte Entwicklung sich besonders gefährlich auswir-

22-11-1901

schauung von Organen der gleichen Regierung bestraft, verfolgt oder belästigt werden.

Die Sudetendeutsche Partei erwartet daher die entsprechenden Entschlüsse, Erlässe und Massnahmen der Regierung als Beweis dafür, dass auch auf Seiten aller Mitglieder der Regierung der ernste Wille zur Schaffung von Voraussetzungen für eine entsprechende Entspannung und Besserung der innerstaatlichen Verhältnisse vorhanden ist.

für 1938 war ursprüngl
z geplant.
eine gross angelegte



Memorandum .

A. Die Haupttagung der SdP für 1938 war ursprünglich bereits für den 26. und 27. März geplant.

Dort selbst sollte eine gross angelegte historisch-politische Analyse der Entwicklung des "Tschechoslowakischen Problems" nach 20 jährigen Bestande des Staates gegeben werden.

B. Die Ereignisse um Oesterreich lösen aus:

1.) Im zutiefst aufgewühlten Sudetendeutschume wird der Einigungsprozess zum Abschluss gebracht. /Liquidation des Aktivismus von 1926 und der Politik vom 18. Feber 1937, Auflösung des BdL und DCV/.

2.) Die Fiktion vom tschechoslowakischen Nationalitätenstaat zerbricht. Bei verschiedendsten Anlässen tritt die Front der unbefriedigten Nationalitäten geschlossen gegen das tschechische Herrschaftssystem in Erscheinung. /Parlamentarische Erklärung der Sudetendeutschen, Slovaken, Ungarn, Polen und Karpathorussen vom 29. März 1938 und Unterstützung dieser Aktion durch Erklärung in Budapest und Warschau/.

3.) Auf tschechischer Seite tritt bei den Massen, ~~in~~ den Partieführungen und der Regierung das Existenzproblem des tschechoslowakischen Staates ins Bewusstsein.

a. Angstpsychose der Grenzler, politische Mobilisierung der tschechischen Grenzkampfverbände /Jednota/ Ausnützung der Lage durch die tschechische Linksfront, ungeheuerliche Hetze in der Tschechischen Boulevardpresse.

b. Demonstratives und agitatorisches Herausstellen des antideutschen Konzeptes des tschechoslowakischen Staates und der sich darauf stützenden Bündnisverpflichtungen Frankreichs, Englands und Russlands. Kennzeichnend ist der Artikel von Dr. Kríž, Sekretär des Ministers Bechyně) im "Pravo lidu" : " ... Wir können tun was wir wollen, auch wenn wir eine schlechte Politik machen, marschiert Russland, Frankreich und auch Gross-Britannien mit uns in den Weltkrieg . . . " .

c. Uebersteigerte Fortsetzung der schleichenden Mobilisierung im Grenzgebiete. Ausbau und Besetzung der Befestigungsanlagen, Truppenkonzentrationen, Ver-

- 16
- stärkung der Polizei- und Gendarmeriestationen, Bildung von Grenzwachen, Anlage von Waffenlagern zur Bewaffnung von tschechischen und marxistischen Zivilformationen und tatsächliche Bewaffnung derselben. Ergebnis dieser Entwicklung: Ein vollständig wehrloses Sudetendeutschtum sieht sich einem Gewaltsystem ausgeliefert, verliert den Glauben an die Bereitschaft der Tschechen zum befriedenden Ausgleich und appelliert moralisch an die Hilfe des Reiches.
- d. Diese Entwicklung wird verstärkt durch die Fortführung der Entrechtungspolitik in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Entgegen Erklärungen der Regierung heute noch Massregelungen sudetendeutscher Staatsbeamter und Staatsangestellter, Versprechungen der Regierung auf Einstellung Deutscher in den Staatsdienst auf Vergabe von Aufträgen an die sudetendeutsche Wirtschaft werden weiterhin sabotiert.
- e. Im Regierungslager brechen gegenüber der Notwendigkeit kraftvoller und grundsätzlicher Entschlüsse zur Lösung der Nationalitätenfragen die Koalitionsgegensätze auf. Von der Bereitschaft Einzelner zu grundsätzlicher Lösung der Probleme im Sinne weitestgehender Zugeständnisse bis zur Forderung nach Verhängung des Zustandes der Wehrbereitschaft. /Staatsverteidigungsgesetz/ und der Anzettelung eines Präventivkrieges sind alle Auffassungen in ihm vorhanden.

Ausweg des Ministerpräsidenten aus dieser Situation: Ankündigung eines "Minderheitenstatuts", das laut einer Rundfunkrede alle bisherigen, den Minderheiten gegebenen Rechte in einem Gesetzesband kodifizieren soll. Aussenpolitisches Augenauswischen !

Von uns als "Kodex des Unrechtes" ~~angeführt~~ abgelehnt. Die Entwicklung um Oesterreich trifft die SdP im Zustandes eines Gesprächsverhältnisses mit Hodža. Hodža betont Verhandlungsbereitschaft der Regierung, stellt "Problemlösung" in Aussicht und fordert Konkretisierung der Auffassung der SdP. Die von Hodža zur Vorbereitung von tatsächlichen Verhandlungen SdP - Regierung und zur Beruhigung der Lage gemachten Versprechungen werden aber nicht oder in ungenügenden und daher wirkungslosen Ausmass erfüllt.

17

/Amnestie, Ausschreibung der Gemeindegewahlen, keinerlei Diffamierung der SdP-Sudetendeutschen, Rückversetzung der deutschen Beamten u.v.a.m.).

Konrad Henlein benützt daraufhin die Karlsbader Tagung vom 24. April 1938 um vor der Welt die Fehlentwicklung des Staates und die lebensnotwendigen Forderungen der Sudetendeutschen aufzuzeigen. Siehe beilage !

Ergebnis: Aufmerksamstes Weltecho, ungünstigstes Presseecho auf tschechischer Seite, Fortsetzung der Hetze

Statt auf Forderungen einzugehen, wird am "Minderheitenstatut" als einem fait accompli für das Sudetendeutschtum weitergearbeitet und ein Memorandum in London vorgelegt, das genau wie 1918-1919 (Memoir) die Westmächte einseitig tendenziös informiert.

6. Gegenwärtige Situation und Forderungen :

- 1.) Die Fortführung des Gesprächsverhältnisses mit Hodža wurde in einem auf der englischen Gesandtschaft bekanntgegebenen Schreiben abhängig gemacht von Erfüllung der von Hodža bereits gegebenen Versprechungen, durch die die Legitimation Hodžas und die tatsächliche Bereitschaft der Regierung unter Beweis gestellt werden muss.
- 2.) Die schleichende Mobilisierung wird in ganzer Breite fortgeführt. Die Verhetzung der tschechischen Bevölkerung durch Parteien, Kampfverbände und Presse wird nicht Einhalt geboten. Die Verbitterung der Sudetendeutschen durch Ausdehnung des tschechischen Polizeisystems, die fortgesetzte Diffamierung alles Deutschbewussten, die fortgesetzte wirtschaftliche und soziale Benachteiligung nimmt beängstigende Formen an. Die Objektivität der Polizei, aber auch der Armee ist restlos in Frage gestellt. Siehe Vorgänge in Troppau und Mähr.-Schönberg. u.a. sudetendeutschen Städten. Die tschechische Volks- und Staatsführung ist unfähig dem aufkommenden Hussitismus der tschechischen Massen zu steuern, mangelnder Mut zu unpopulären Massnahmen, Auslieferung der Massendynamik an anonyme Kräfte.
- 3.)

- 11
- 3.) Zersetzungsvorgang hat keinesfalls allein sudetendeutsche Ursache. Der Zusammenbruch des nationalstaatlichen Machtsystems durch Vorgänge im Slowakentum unter den Karpathorussen, Polen und Ungarn im vollen Gange.
 - 4.) Die SdP hat bisher mit Erfolg den ganzen Amtswalterapparat zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung eingesetzt. Fast das ganze sudetendeutsche Verbändewesen (Kultur-wirtschaft- und soziale) hat sich der einheitlichen Führung unterstellt. Die kommenden Gemeindewahlen bestätigen die territoriale Einheit des SdP- Sudetendeutschums. Die Fähigkeit und Eignung des Sudetendeutschums, sich selbst zu verwalten ist praktisch erwiesen.
 - 5.) England darf der tschechoslowakische Problem nicht sehen:
 - 1.) Ohne genaues Studium unserer Forderung und ohne Beratung mit uns.
 - 2.) Als ein nur -deutsches Problem
 - 3.) Ohne zu berücksichtigen, dass schliesslich ein vollständiger Staatsumbau nach föderalistischen System notwendig wird.

Memorandum .

19

A. Die Haupttagung der SdP für 1938 war ursprünglich bereits für den 26. und 27. März geplant.

Dort selbst sollte eine gross angelegte historisch-politische Analyse der Entwicklung des "Tschechoslowakischen Problems" nach 20 jährigen Bestande des Staates gegeben werden.

B. Die Ereignisse um Oesterreich lösen aus:

1.) Im zutiefst aufgewühlten Sudetendeutschume wird der Einigungsprozess zum Abschluss gebracht. /Liquidation des Aktivismus von 1926 und der Politik vom 18. Feber 1937, Auflösung des BdL und DGV/.

2.) Die Fiktion vom tschechoslowakischen Nationalitätenstaat zerbricht. Bei verschiedendsten Anlässen tritt die Front der unbefriedigten Nationalitäten geschlossen gegen das tschechische Herrschaftssystem in Erscheinung. /Parlamentarische Erklärung der Sudetendeutschen, Slovaken, Ungarn, Polen und Karpathorussen vom 29. März 1938 und Unterstützung dieser Aktion durch Erklärung in Budapest und Warschau/.

3.) Auf tschechischer Seite tritt bei den Massen, ^{den} im Partieführungen und der Regierung das Existenzproblem des tschechoslowakischen Staates ins Bewusstsein.

a. Angstpsychose der Grenzler, politische Mobilisierung der tschechischen Grenzkampfverbände /Jednota/ Ausnützung der Lage durch die tschechische Linksfront, ungeheuerliche Hetze in der Tschechischen Boulevardpresse.

b. Demonstratives und agitatorisches Herausstellen des antideutschen Konzeptes des tschechoslowakischen Staates und der sich darauf stützenden Bündnisverpflichtungen Frankreichs, Englands und Russlands. Kennzeichnend ist der Artikel von Dr. Kríž, Sekretär des Ministers Bechyně) im "Pravo lidu" : " ... Wir können tun was wir wollen, auch wenn wir eine schlechte Politik machen, marschiert Russland, Frankreich und auch Gross-Britannien mit uns in den Weltkrieg . . . " .

c. Uebersteigerte Fortsetzung der schleichenden Mobilisierung im Grenzgebiete. Ausbau und Besetzung der Befestigungsanlagen, Truppenkonzentrationen, Ver-

stärkung der Polizei- und Gendarmeriestationen, Bildung von Grenzwachen, Anlage von Waffenlagern zur Bewaffnung von tschechischen und marxistischen Zivilformationen und tatsächliche Bewaffnung derselben. Ergebnis dieser Entwicklung: Ein vollständig wehrloses Sudetendeutschtum sieht sich einem Gewaltsystem ausgeliefert, verliert den Glauben an die Bereitschaft der Tschechen zum befriedenden Ausgleich und appelliert moralisch an die Hilfe des Reiches.

d. Diese Entwicklung wird verstärkt durch die Fortführung der Entrechtungs politik in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht. Entgegen Erklärungen der Regierung heute noch Massregelungen sudetendeutscher Staatsbeamter und Staatsangestellter, Versprechungen der Regierung auf Einstellung Deutscher in den Staatsdienst auf Vergabe von Aufträgen an die sudetendeutsche Wirtschaft werden weiterhin sabotiert.

e. Im Regierungslager brechen gegenüber der Notwendigkeit kraftvoller und grundsätzlicher Entschlüsse zur Lösung der Nationalitätenfragen die Koalitionsgegensätze auf. Von der Bereitschaft Einzelner zu grundsätzlicher Lösung der Probleme im Sinne weitestgehender Zugeständnisse bis zur Forderung nach Verhängung des Zustandes der Wehrbereitschaft. /Staatsverteidigungsgesetz/ und der Anzettelung eines Präventivkrieges sind alle Auffassungen in ihm vorhanden.

Ausweg des Ministerpräsidenten aus dieser Situation: Ankündigung eines "Minderheitenstatuts", das laut einer Rundfunkrede alle bisherigen, den Minderheiten gegebenen Rechte in einem Gesetzesband kodifizieren soll. Aussenpolitisches Augenauswischen !

Von uns als "Kodex des Unrechtes" ~~abgelehnt~~ abgelehnt. Die Entwicklung um Oesterreich trifft die SdP im Zustandes eines Gesprächsverhältnisses mit Hodža. Hodža betont Verhandlungsbereitschaft der Regierung, stellt "Problemlösung" in Aussicht und fordert Konkretisierung der Auffassung der SdP. Die von Hodža zur Vorbereitung von tatsächlichen Verhandlungen SdP - Regierung und zur Beruhigung der Lage gemachten Versprechungen werden aber nicht oder in ungenügenden und daher wirkungslosen Ausmass erfüllt.

29

/Amnestie, Ausschreibung der Gemeindevahlen, keinerlei Diffamierung der SdP-Sudetendeutschen, Rückversetzung der deutschen Beamten u.v.a.m.).

Konrad Henlein benützt daraufhin die Karlsbader Tagung vom 24. April 1938 um vor der Welt die Fehlentwicklung des Staates und die lebensnotwendigen Forderungen der Sudetendeutschen aufzuzeigen. Siehe beilage !

Ergebnis: Aufmerksamstes Weltecho, ungünstigstes Presseecho auf tschechischer Seite, Fortsetzung der Hetze Statt auf Forderungen einzugehen, wird am "Minderheitenstatut" als einem fait accompli für das Sudetendeutschtum weitergearbeitet und ein Memorandum in London vorgelegt, das genau wie 1918-1919 (Memoir) die Westmächte einseitig tendenziös informiert.

6. Gegenwärtige Situation und Forderungen :

- 1.) Die Fortführung des Gesprächsverhältnisses mit Hodža wurde in einem auf der englischen Gesandtschaft bekanntgegebenen Schreiben abhängig gemacht von Erfüllung der von Hodža bereits gegebenen Versprechungen, durch die die Legitimation Hodžas und die tatsächliche Bereitschaft der Regierung unter Beweis gestellt werden muss.
- 2.) Die schleichende Mobilisierung wird in ganzer Breite fortgeführt. Der Verhetzung der tschechischen Bevölkerung durch Parteien, Kampfverbände und Presse wird nicht Einhalt geboten. Die Verbitterung der Sudetendeutschen durch Ausdehnung des tschechischen Polizeisystems, die fortgesetzte Diffamierung alles Deutschbewussten, die fortgesetzte wirtschaftliche und soziale Benachteiligung nimmt beängstigende Formen an. Die Objektivität der Polizei, aber auch der Armee ist restlos in Frage gestellt. Siehe Vorgänge in Troppau und Mähr.-Schönberg. u.a. sudetendeutschen Städten. Die tschechische Volks- und Staatsführung ist unfähig dem aufkommenden Hussitismus der tschechischen Massen zu steuern, mangelnder Mut zu unpopulären Massnahmen, Auslieferung der Massendynamik an anonyme Kräfte.

3.)

- 22
- 3.) Zersetzungs Vorgang hat keinesfalls allein sudetendeutsche Ursache, Der Zusammenbruch des nationalstaatlicher Machtsystems durch Vorgänge im Slowakentum unter den Karpathorussen, Polen und Ungarn im vollen Gange.
 - 4.) Die SdP hat bisher mit Erfolg den ganzen Amtswalterapparat zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung eingesetzt. Fast das ganze sudetendeutsche Verbändewesen (Kultur-wirtschaft- und soziale) hat sich der einheitlichen Führung unterstellt. Die kommenden Gemeindevahlen bestätigen die territoriale Einheit des SdP- Sudetendeutschums. Die Fähigkeit und Eignung des Sudetendeutschums, sich selbst zu verwalten ist praktisch erwiesen.
 - 5.) England darf der tschechoslowakische Problem nicht sehen:
 - 1.) Ohne genaues Studium unserer Forderung und ohne Beratung mit uns.
 - 2.) Als ein nur -deutsches Problem
 - 3.) Ohne zu berücksichtigen, dass schliesslich ein vollständiger Staatsumbau nach föderalistischen System notwendig wird.



28818